Niederschrift

über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr
von Mittwoch, 23.09.2015,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:08 Uhr
Ende der Sitzung: 15:05 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Für den in der Zeit von 15:10 Uhr bis 15:50 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Frau Marion Becker
Herr Karlheinz Bein
Herr Joachim Bieber
Herr Thomas Borgwardt
Herr Helmut Demel
Frau Sonja Dolzer-Lausberger
Herr Erich Kuhn
Herr Edwin Lieb
Herr Otto Schmedding
Herr Siegfried Scholtka
Herr Rudi Schuck
Herr Manfred Schüßler
Herr Dietmar Wolz
Herr Thomas Zöller

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Ruthard Bretzigheimer	UB 5
Claudius Deboy	UB 5
Konrad Fäth	UB 5
Andreas Jeßberger	UB 5
Otto Kern	UB 5
Melanie Frank	Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Frau Weissenbach, Staatliches Bauamt Aschaf-
fenburg zu TOP ö 3

Tagesordnung:

- 1 Bekanntgabe aus nicht öffentlicher Sitzung
- 2 Schulbauprogramm; aktueller Maßnahmestand (baulich) bei HSG, JBG und RSO
- 3 Bericht: Änderungen des Kreisstraßenhaushalts 2015 und Zustimmung zu den Projekt-
ausführungen
- 4 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Bekanntgabe aus nicht öffentlicher Sitzung

Herr Fäth berichtet, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr am 07.07.2015 folgende Aufträge vergeben wurden:

Erweiterung, Umbau und Generalsanierung des Hermann-Staudinger-Gymnasiums Erlenbach:

• Erd- und Rohbauarbeiten	1.732.841 €
• Aufzugsanlage	58.727 €
• Blitzschutzarbeiten	14.464 €

Erweiterung, Umbau und Generalinstandsetzung der Main-Limes-Realschule Obernburg:

• Estricharbeiten	51.122 €
• Trockenbauarbeiten-Decken	71.468 €
• Tischlerarbeiten Innentüren	59.726 €
• Fliesen- und Plattenarbeiten	66.008 €
• Bodenbelagsarbeiten	48.995 €
• Fenster, Außentüren und Sonnenschutz	168.693 €
• Metallbauarbeiten-Innentüren	176.117 €
• Wärmedämmverbundsystem	45.877 €

Berufsschule Miltenberg:

• Mess-, Steuer- u. Regeltechnik f. d. Wärmeerzeugungsanlage	91.046 €

Landratsamt Miltenberg:

• Erneuerung der Kälteerzeugungsanlage	52.256 €

Der Landrat wurde ferner ermächtigt, die Erneuerung der Lüftungsanlagen im Landratsamt Miltenberg zu beauftragen. Die Bekanntgabe erfolgte heute im nichtöffentlichen Teil.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Schulbauprogramm; aktueller Maßnahmenstand (baulich) bei HSG, JBG und RSO

Herr Fäth trägt zum Sachstand des Schulbauprogramms folgendes vor:

Main-Limes-Realschule Obernburg:

Die Baumaßnahme Realschule Obernburg befindet sich in den letzten Zügen des 2. Bauabschnittes. Die bereits berichteten Verzögerungen im Projektablauf konnten nicht ausgeglichen werden, sodass mit einem Bezug des gesamten 2. Bauabschnittes nach den Herbstferien zu rechnen ist.

Vorgezogen wurde bereits der Hauswirtschaftsbereich bezogen und ist im Betrieb. Der 3. Bauabschnitt ist termingerecht gestartet und verläuft zurzeit annähernd wie geplant. Beim Abbruch des Mehrzweckraumes wurden bislang nicht bekannte Gründungen gefunden, die teilweise bis zu 4 m unter die Geländeoberfläche führten. Ebenso wurden im Zuge der Rückbauarbeiten mehr Schadstoffe, als ursprünglich angenommen, gefunden. Die ordnungsgemäße Entsorgung wurde durchgeführt. Es wird jedoch zu Mehrkosten in diesem Gewerk kommen.

Die Rohbauarbeiten im 3. BA schreiten zurzeit gut voran.

Die Pavillonbauten wurden zum Großteil von Obernburg nach Erlenbach verbracht.

Die Belastung der Schulfamilien durch die Baumaßnahme im laufenden Betrieb wird allmählich deutlich. Hier gilt es ein großes Lob für das große Verständnis gegenüber den Bauleuten auszusprechen.

Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg:

Der Start der Baumaßnahme war termingerecht.

Die Baustelleneinrichtung ist abgeschlossen.

Die Abbrucharbeiten konnten ohne größere Überraschungen und zügig vorangetrieben werden. Im Rahmen des Rückbaus wurde eine kostengünstige Lösung für einen behindertengerechten Zugang für den Großteil der Bestandsklassenräume gefunden.

Die Schadstoffsanierung ist ebenfalls reibungslos und in den geplanten Kosten durchgeführt worden.

Insgesamt ist die Baumaßnahme daher in Bezug auf Kosten und Termine unkritisch.

Hermann-Staudinger-Gymnasium Erlenbach:

Plangemäß startete die Baumaßnahme am 03.08.2015.

Die Firma Aksu aus Kelsterbach war für die Abbrucharbeiten beauftragt worden. Bereits nach wenigen Tagen zeigte sich ein Bauverzug. Gründe waren mangelnde personelle Besetzung, sowie geringe Baustellenpräsenz der örtlichen Bauleitung (Architekturbüro AGN SMP). Hinzu kamen Unklarheiten im Leistungsverzeichnis, ebenso wie unvorhersehbare Schwierigkeiten und nicht im Vorfeld erkennbare Bauteilkonstruktionen.

Die nach Freilegung vorgefundenen Konstruktionen bedingten einen stockwerksweisen Abbruch des Treppenhauses.

Es liegen dem Landratsamt bereits umfangreiche Nachträge und Mehrkostenanmeldungen – regelmäßig mit Anmeldung einer verlängerten Ausführungsfrist – vor. Seitens der örtlichen Bauleitung wurden Verzugsmeldungen an die Firma übersandt. Momentan wird mit einem Verzug von ca. 1 Monat zu rechnen sein.

Das mit der Schadstoffuntersuchung beauftragte Ingenieurbüro Klängenmeier führte bereits während der Abbruchphase entsprechende Materialkontrollen und Laboranalysen durch. Es wurden bislang keine nachträglichen, besonderen Erschwernisse durch im Vorfeld nicht erkennbare Schadstoffe festgestellt.

Es zeigten sich Unklarheiten zwischen LV-Positionen und Vorbemerkungen, die zu klären sind. Die Abbruchfirma stellte, gezielt auf diese Unklarheiten hin, Nachträge; diese wurden seitens des Planungsbüros als dem Grunde nach berechtigt angesehen.

Am 07.09.2015 begann die Rohbaufirma Trautmann aus Sulzbach fristgerecht mit den Erdarbeiten. Das Gewerk Rohbauarbeiten soll bis zum 01.04.2016 beendet sein. Die Firma meldete mittlerweile Baubehinderung an.

Die durch den Abbruch entfallenen Klassenräume werden durch die bei der RSO abgebauten Pavillons ersetzt.

Erschwerend trat kurz vor Beginn der Sommerferien ein Wasserschaden im östlichen erdgeschossigen Gebäudebereich auf. In drei Klassenzimmern sowie einem Teil des Flures mussten Bodenbelag und Estrich herausgerissen und erneuert werden.

Bis auf den Linoleumbelag, der wegen Lieferschwierigkeiten nicht mehr in den Sommerferien verfügbar ist, werden die übrigen Arbeiten bis Schuljahresbeginn beendet sein, so dass in den drei, übergangsweise mit Milchtütenkartonage ausgelegten Klassenräumen regulärer Unterricht stattfinden kann. Der neue Bodenbelag wird in den Herbstferien verlegt. Der Wasserschaden ist durch die Versicherung abgedeckt. Die Schadenssumme liegt bei etwa 50.000 €.

Die Maßnahme ist bereits zu Beginn der Abbruch- und Rohbauarbeiten terminlich und finanziell auffällig.

Die Kostenentwicklung für die Bauvorhaben wird nach Anschluss der wesentlichen Vergaben in der nächsten Ausschusssitzung erläutert.

Insgesamt muss jedoch festgestellt werden, dass der Ansatz von 18,5% für die Nebenkosten bei den Maßnahmen nicht eingehalten werden kann, da insbesondere die Anforderungen an die vorbereitenden und baubegleitenden Untersuchungen (Brandschutz, Bauphysik, Schadstoffuntersuchungen etc.) und die Beratungen in Bezug auf die Nachhaltigkeit bislang nicht so gegeben waren.

Herr Deboy ergänzt folgende Details zur Baumaßnahme HSG, Erlenbach:

Die erste Verzugssetzung wurde am 31.08.2015 versandt, daraufhin bat die Firma AKSU um einen Gesprächstermin am 02.09.2015. Bei diesem Termin waren sich alle Beteiligten einig, die Nachträge wurden am 11.09.2015 beauftragt. Entgegen des Vertrags stehen aktuell noch $\frac{3}{4}$ des Treppenhausturms.

Zudem war vereinbart, dass die Abbruchmaßnahmen ab Schulbeginn am 15.09. an Wochentagen nur noch ab 16:00 Uhr bis 20.00 Uhr, sowie Samstag vormittags durchgeführt werden sollen.

Des Weiteren wurde am 02.09. ein verlängerter Bauzeitenplan vorgelegt, der eine Verschiebung um 3 Wochen vorgesehen hatte. Dieser wurde von allen Beteiligten ohne Kürzung akzeptiert. Der Plan sah am 19.09.2015 eine Beendigung der reinen Abbrucharbeiten vor. Die vollständige Entsorgung der Schuttberge sollte im Anschluss stattfinden und zwei Wochen nach dem 19.09. ebenfalls abgeschlossen sein. Diesbezüglich hat das Bauamt am 22.09.2015 ein Schreiben an das Architekturbüro versandt. Die Bauleitung des Architekturbüros zeigt zu wenig Präsenz auf der Baustelle.

Am 17.09.2015 wurde die zweite, am 23.09.2015 die dritte Verzugssetzung versandt.

Trotz allen Unannehmlichkeiten sollen die Arbeiten mit der Firma AKSU zu Ende gebracht werden.

Parallel konnte die Firma Trautmann fristgerecht am 07.09.2015 mit den geplanten Arbeiten beginnen. Vorsorglich hat die Firma schriftlich Verzug angemeldet – dies ist jedoch ein Standard-Procedere.

Zusammenfassend ist von einem Bauverzug bis zu einem Monat die Rede. Es wird versucht, den Verzug bis zum geplanten Bauende Weihnachten 2016 wieder hereinzuholen.

Im Moment sind sechs Gewerke = ca. 28% der Gesamtsumme BA1 vergeben, einen genaueren Kostenüberblick wird Hr. Deboy in der nächsten und übernächsten Sitzung geben. Im Dezember diesen Jahres werden 75 % der Gesamtbaukosten BA 1 vergeben sein, sofern alle Vergaben nach Plan laufen.

Bei den ersten sechs Vergaben liegt der Kreis ca. 17.000 € unter den geplanten Kosten. Herr Deboy äußert sich zuversichtlich, dass durch neue Ausschreibungen vom 22.09.2015 noch Kosten eingespart werden können

Landrat Scherf ergänzt, dass der Kreis mit Nachdruck darauf achten werde, dass nicht noch mehr in Verzug gerate.

Kreisrat Schuck fragt, ob es besser wäre, regionale Firmen zu beauftragen.

Herr Deboy erwidert, dass der Kreis 80% der gesamten reinen Baukosten aufgrund von Überschreitung eines bestimmten Kostenwertes europaweit ausschreiben müsse. Zudem melden sich bei Ausschreibungen grundsätzlich nur wenige hiesige Firmen.

Landrat Scherf ergänzt, dass auch der Kreis vorzugsweise regionale Firmen beauftragen möchte und versichert, dass der Kreis den Wünschen der Bauinnung bezüglich der Gestaltung der Ausschreibung nachkomme und tut was möglich ist.

Auf den Vorschlag von Kreisrat Zöllner, dass ein wöchentliches Bau-jour fixe sinnvoll sei, erklärt Herr Deboy, dass dies tatsächlich bereits ab sofort geplant sei.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Bericht: Änderungen des Kreisstraßenhaushalts 2015 und Zustimmung zu den Projektausführungen

Landrat Scherf zieht diesen Tagesordnungspunkt, der ursprünglich als TOP-Nr. 1 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung geplant war, vor in den öffentlichen Teil als TOP-Nr. 3.

Herr Kern erklärt, dass es sich bei den Änderungen des Kreisstraßenhaushalts 2015 neben den Änderungen der Baukosten um ein zusätzliches Projekt handele.

Zu den Änderungen:

Der Ausbau der MIL 25 im Ortsteil Roßbach der Gemeinde Leidersbach war im genehmigten Haushalt 2015 mit einem Ansatz in Höhe von 400.000,- € vorgesehen. Diese Maßnahme entfällt für dieses Jahr, da sie 2015 nicht mehr abgewickelt (gebaut und schlussgerechnet) werden kann. Erforderliche Vorarbeiten der Gemeinde sind noch nicht abgeschlossen.

Die größte Veränderung entsteht beim Ausbau der MIL 26 in Sommerau – Eichelsbach. Hier waren für die Deckenbauarbeiten im Haushalt ursprünglich 190.000,-- € vorgesehen. Die Kosten erhöhen sich um ca. 366.000,-- € auf insgesamt ca. 556.000,-- €. Die Mehrkosten ergeben sich aus signifikanten Planungsänderungen (Verbreiterung der Fahrbahn auf 5,50 m) und der Verlegung des Vorfluters „Künzbach“ auf einer Länge von ca. 120 m.

Eine weitere Veränderung zum geplanten Budget von 210.000,-- € im Streckenverlauf der MIL 26, stellt die Maßnahme der OD Eichelsbach dar. Hier erhöhen sich die Kosten für die Deckenbauarbeiten aufgrund eines ungünstigen Ausschreibungsergebnisses um 40.000,-- € auf 250.000,-- €.

Als zusätzliche Maßnahme ist die Brücke über den Faulbach bei Altenbuch (MIL 35) zu nennen.

Hier entstehen in diesem Jahr noch Kosten in Höhe von ca. 20.000,-- € für eine Sicherungsmaßnahme, die sich aus einer höheren Schadensklasse, als erwartet, ergibt. 2016 werden für die Maßnahme nochmals ca. 60.000,-- € erforderlich werden.

Die dargestellte Übersicht zeigt neben den erläuterten Änderungen auch kleinere Abweichungen aus dem Baubetrieb.

Die Änderungen wurden mit Herrn Krämer durchgesprochen, die erforderlichen Finanzmittel stehen aus dem Gesamthaushalt zur Verfügung. Aus diesem Grund ist eine Beschlussfassung durch den Kreistag nicht erforderlich.

Die Bitte um den Empfehlungsbeschluss entfällt daher.

Frau Weissenbach vom Staatlichen Bauamt Aschaffenburg (SBA) geht vertiefend auf die relevanten Punkte bei der Maßnahme Sommerau-Eichelsbach (MIL 26) ein und erläutert, dass die ursprünglich geplanten Deckenbauarbeiten nicht ausreichen, da auf dieser Straße eine hohe Verkehrsbelastung auf einer nur 5 m schmalen Straße herrsche. Zudem müsse das Bankett neben der Straße zumindest aufgefüllt werden, was jedoch nur eine provisorische Lösung für wenige Jahre wäre. Aufgrund dieser Punkte sei es langfristig sinnvoller, die Straße auf eine Fahrbahnbreite von 5,50 m zu verbreitern.

Zudem bestehe die Gefahr, dass die Fahrbahn Schäden am Künzbach anrichte, gleichzeitig solle die Straße nicht unterspült werden. Darum sei auch die Verlegung des Künzbachs eine erforderliche Maßnahme.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Anfragen

Landrat Scherf erläutert den aktuellen Sachstand zum Thema Schülerfahrkarten:

1. Zuständigkeit für Fahrkarten & Preisgestaltung:

Der Landkreis als ÖPNV Aufgabenträger hat mit den Preisen nichts zu tun, sondern diese werden durch die VU festgesetzt und anschließend von der Regierung von Unterfranken genehmigt.

2. Zuständigkeit für die Schülerbeförderung:

Der Landkreis ist als Sachaufwandsträger für seine Schulen zuständig. Für die Schüler/innen mit Beförderungsanspruch für die kreiseigenen Schulen werden aus den folgenden Gründen wie gewohnt Schülernetzkarten bestellt:

- Schüler an ÖPNV als umweltfreundliche Verkehrsmittel in der Region gewöhnen
- Wesentlich geringer Verwaltungsaufwand – fast kostenneutral
- Schulwechsel innerhalb des Landkreises ist leichter, da die Karte überall gilt

3. Die Gemeinden als Sachaufwandsträger:

Zuständig für Grund- und Mittelschulen sind als Sachaufwandsträger die Gemeinden. Bis letztes Schuljahr hat die VAB gegenüber den Gemeinden die Netzkarte immer ausgegeben, gezahlt werden mussten seitens der Gemeinden jedoch nur die streckenbezogenen Kosten. Dieses "Geschenk" musste die VAB nunmehr einstellen, da dies rechtlich so nicht zulässig war. Die VAB hat daher den Gemeinden das Angebot gemacht, entweder nur die streckenbezogenen Kosten zu zahlen, oder einen Mehrpreis für die Netzkarte. Das Angebot der VAB ging bei den Gemeinden Anfang September ein.

4. Attraktiver ÖPNV für Jugendliche

Es gibt das Ticket U20 für 16,90 € im Monat. Damit können Schüler/innen im ganzen VAB Tarifgebiet fahren, allerdings erst ab 9:00 Uhr bzw. ab 15:00 Uhr an Schultagen.

5. Weiteres Vorgehen

Der Landkreis schreibt die VU/VAB an, fragt nach den weiteren Hintergründen für die Änderung und lädt die VU/VAB zum nächsten Kreisausschuss am 22.10. zur genaueren Darlegung des Sachverhalts ein.

Der Ausschuss für Bau und Verkehr äußerte einhellige Kritik gegen das Vorgehen der VU/VAB und regt an, dieses Thema nochmals bei der nächsten Bürgermeisterdienstbesprechung, sowie im nächsten Kreisausschuss zu behandeln.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Scherf
Vorsitzender

Frank
Schriftführerin